

**Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung  
Eigerstrasse 65  
3003 Bern

15. Dezember 2005

**Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung**

**Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns Gelegenheit gegeben haben, uns zur eingangs erwähnten Vorlage zu äussern.

**Grundsätzliches**

Die steuerliche Ungleichbehandlung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer ist äusserst stossend. Eine Korrektur ist dringend notwendig. Sie sollte aber so erfolgen, dass sie den Charakter einer Familiensteuer beibehält und nicht eine Vorstufe zur Individualbesteuerung wird. Sie würde sonst ausgerechnet jene Haushalte bestrafen, in denen das Einkommen zum grossen Teil durch einen der beiden Partner erzielt wird, weil der andere sich in Familie und Kindererziehung investiert. Damit würde der Staat eine Arbeitsaufteilung bestrafen, von der er in hohem Masse profitiert. Denn die externe Kinderbetreuung bringt Unternehmen und/oder Staat hohe Kosten. Die EVP setzt sich daher weiterhin zumindest für eine Teilsplittinglösung ein, wie sie im vom Volk aus anderen Gründen abgelehnten Steuerpaket 2001 enthalten war, jedoch mit dem Hinweis darauf, dass ein Vollsplitting die gerechteste Lösung darstellen würde.

**Zu Art. 7 9 DBG: Grundsatz der Ehepaarbesteuerung**

**Antrag: Am Grundsatz der Ehepaar- bzw. Gemeinschaftsbesteuerung ist festzuhalten.**

*Begründung: Diesem Grundsatz wird ein Teil- oder Vollsplitting am besten gerecht. Ausserdem ist es inzwischen das gängige Ehepaarsbesteuerungsmodell der Kantone. Es macht wenig Sinn, wenn der Bund hier einen andern Weg geht.*

Ausserdem sollen gerade auch die Grossfamilien entlastet werden, die sich aus einsichtigen Gründen meist nur aus einem Einkommen finanzieren müssen. Da solche Familien heute im hohen Interesse des Staates und der Gesellschaft stehen, muss jeder Anreiz, Familien mit mehreren Kindern zu begründen, Priorität haben.

### **Zu Abs. 1.3.3 Vorgeschlagene Sofortmassnahme**

**Antrag 1: Die steuerliche Entlastung von Ehepaaren und Familien darf nicht aus Gründen der Effizienz eingeschränkt werden.**

*Begründung:* Das Argument der Effizienz darf nicht dazu dienen, eine Lösung mit neuen Ungerechtigkeiten zu schaffen. Die vorgeschlagene Erhöhung des Zweiverdienerabzugs scheint zwar eine einfache und effiziente Lösung zu sein. Sie benachteiligt aber insbesondere Grossfamilien mit einem einzigen Einkommen. Das Argument, schon bisher seien Einverdienerhepaare gegenüber Konkubinatspaaren mit einem einzigen Einkommen nicht benachteiligt gewesen, sticht nicht. Denn Konkubinatspaare mit lediglich einem Einkommen dürften der absolute Ausnahmefall sein, weil diese Lebensform in der Regel mit der finanziellen Eigenständigkeit beider Partner einher geht.

**Antrag 2: Eine Erhöhung des Kinderabzugs ist ebenso dringlich wie die Entlastung der Ehepaare und muss so schnell wie möglich erfolgen.**

*Begründung:* Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt, dass der Staat Anreize schaffen muss, dass Ehepaare sich vermehrt für Kinder entscheiden. Deshalb sind Familien mit Kindern auch auf Bundesebene durch höhere Kinderabzüge (vom Steuerbetrag und nicht vom steuerbaren Einkommen) stärker zu entlasten. Auch in diesem Bereich hinkt der Bund den Kantonen hinten nach.

**Antrag 3: Die Ehepaarsbesteuerung muss vom Grundsatz ausgehen, dass Ehen gegenüber Konkubinatspaaren steuerlich privilegiert werden.**

*Begründung:* Die Berufung auf das Bundesgericht, dass die relative Mehrbelastung eines Ehepaars im Vergleich zu einem Konkubinatspaar nicht höher als 10 Prozent betragen darf, muss hinterfragt werden. Der Grundsatz muss lauten, dass Ehepaare in keinem Fall höher besteuert werden als Konkubinatspaare in gleichen finanziellen Verhältnissen. Denn der Staat hat an der höheren Stabilität von Ehen gegenüber Konkubinatsverhältnissen ein Interesse, das er mit steuerlichen Anreizen unterstreichen soll.

### **Zu Abs. 1.3.4 Finanzierung der Sofortmassnahme**

**Antrag 1: Die steuerliche Entlastung von Ehepaaren und Familien darf nicht durch finanzielle Erwägungen übermässig eingeschränkt werden.**

*Begründung:* Das Argument der Finanzierbarkeit darf nicht dazu dienen, eine Lösung mit neuen Ungerechtigkeiten zu schaffen. Es ist zwar verständlich, dass der Bund grundsätzlich eine möglichst neutrale Variante bei den Einnahmen anstrebt. Diese Erwägung ist aber gegenüber dem Steuerpaket 2001 neu, wo man noch bereit war, Steuerausfälle in Milliardenhöhe in Kauf zu nehmen. Andererseits schränkt diese Überlegung den Spielraum der

Lösungen stark ein. Insbesondere schiebt sie dringende Entlastungsmassnahmen wie höhere Steuerabzüge für Kinder auf die lange Bank.

**Antrag 2: An der Höherbelastung von gut situierten Alleinstehenden oder im Konkubinat Lebenden ist festzuhalten.**

*Begründung: Die heutige gesellschaftliche Struktur hat eine Zweiteilung von Menschen zur Folge, die durch Kinderhaben und Kindererziehung die Zukunft der Gesellschaft mittragen und solche, die sich freiwillig oder unfreiwillig von dieser Aufgabe entlasten. Erstere sind insbesondere durch die eingeschränkten Möglichkeiten zur Altersvorsorge im heutigen System benachteiligt. Insbesondere Alleinstehende ohne Kinder können durch höhere Abgaben im Steuer- oder Sozialversicherungsbereich einen Beitrag zum gerechten Lastenausgleich leisten.*

**Antrag 3: Der Bund berücksichtigt bei seinen künftigen Steuerreformen nicht nur die wirtschaftlich messbaren Auswirkungen, die steuerliche Anreize für Zweitverdiener schaffen, sondern auch die Leistungen bei der Heranbildung von Humankapital durch unentgeltliche Familienarbeit.**

*Begründung: Es ist üblich geworden, beim erwünschten Engagement von Frauen in der Arbeitswelt nur die dadurch erzielten wirtschaftlichen Vorteile zu gewichten. Die künftigen Verluste, welche durch die mangelnde Heranbildung von Humankapital (Kinder gebären und sorgfältig erziehen) entstehen, werden ausgeblendet. Dies entspricht keinem nachhaltigen Denken. Einem solchen würden erhöhte Kinderabzüge vom effektiven Steuerbetrag gerecht, welche in ihrer Höhe den durchschnittlichen Kinderkosten entsprechen.*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher  
Nationalrat



Joel Blunier